

**Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katja Pähle
zu TOP 2 der Landtagssitzung am 25.1.2024:
Rassistische Pläne zur Vertreibung von
Zuwanderern und Deutschen: Bedrohung des
inneren Friedens, Gefährdung von
Verfassungsordnung und Wohlstand**

Anrede,

diese Aktuelle Debatte zu beantragen, war für uns eine Selbstverständlichkeit. Es ist unabweisbar, dass der Landtag über die ungeheuerlichen Pläne spricht, die heute vor genau zwei Monaten in der Nähe von Potsdam bei einem Treffen notorischer Rechtsextremisten beraten wurden.

Nachdem die journalistische Rechercheplattform Correctiv die Inhalte und Teilnehmer dieser Veranstaltung enthüllt hat, kann ein deutsches Parlament dazu nicht schweigen.

Das gilt erst recht für einen Landtag, in dem an herausgehobener Stelle als Fraktionsvorsitzender jemand sitzt, der die rassistischen Ziele des Potsdamer Treffens **offensichtlich teilt und unterstützt!**

Allerdings: Unser Antrag ist in einem wichtigen Punkt veraltet. „Tausende von Menschen haben gegen die Pläne protestiert“, haben wir geschrieben.

Das stimmt natürlich nicht mehr, aber wir korrigieren uns mit großer Freude:

Viele Hunderttausend Menschen,
weit mehr als eine Million,
haben **überall in Deutschland** gegen die
Gefahr von rechts demonstriert!

Die große demokratische Mehrheit in unserem Land
hat **Flagge gezeigt** – und zwar **in Ost und West.**

Auch in Sachsen-Anhalt

– in Magdeburg, in Burg, in Dessau und **ganz
besonders in Halle** am letzten Samstag mit mehr
als 16.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern –

haben die Menschen deutlich gezeigt, was sie von den
menschenverachtenden Plänen halten.

Das war und ist uns eine große Genugtuung,
und es gibt Anlass zu Optimismus.

Anrede,

was im Hotel bei Potsdam besprochen wurde, ist aus den Presseveröffentlichungen hinlänglich bekannt.

Es ist aber wichtig festzustellen, worum es dort **nicht** ging:

Es ging **nicht** um die Abschiebung von Menschen, die in Deutschland um Asyl nachgesucht haben, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren keinen solchen Schutz erhalten haben und die deshalb zur Ausreise verpflichtet sind.

Sondern es geht unter dem zynischen Begriff der „**Remigration**“

- um die massenweise Deportation von Ausländerinnen und Ausländern, die ein verbrieftes **Recht** haben, in Deutschland zu leben,
- um die Ausweisung und Ausbürgerung **auch von Deutschen**, die selbst oder deren Eltern zugewandert sind und eingebürgert wurden,
- und darum, Deutsche auch ohne Migrationsgeschichte gleich mit loszuwerden, weil sie **politisch missliebig** sind.

Dieser sogenannte „Masterplan“, in Potsdam maßgeblich vorgebracht von Martin Sellner aus Österreich, ist getragen von der biologistischen Vorstellung eines homogenen deutschen Volkskörpers, **den es nie gab und nie geben wird.** Die Teilnehmer des Potsdamer Treffens wollen nach ihren kruden Vorstellungen entscheiden, **wer dazugehört und wer nicht.**

Dieser Ansatz ist unbestreitbar verfassungswidrig. Er folgt einem „ausschließlich **an ethnischen Kategorien** orientierten Begriff des Volkes“, den das Bundesverfassungsgericht im zweiten NPD-Verbotsverfahren als „verfassungsrechtlich unhaltbar“ und als „**Missachtung der Menschenwürde**“ eingeordnet hat.

Kein Wunder, dass viele Historiker und Politikwissenschaftler hier eine **direkte Traditionslinie zum Nationalsozialismus** sehen.

Was in Potsdam verhandelt wurde, ist fundamental **gegen die Interessen unseres Volkes** gerichtet, weil seine Umsetzung den Zusammenbruch der Volkswirtschaft und die völlige internationale Isolierung Deutschlands auslösen würde.

Die Menschen, die am Wochenende demonstrierten,
haben diesen Plan als das erkannt, was er ist:

eine Kampfansage an alle, denen die Werte des
Grundgesetzes wichtig sind.

Und Sie, Herr Siegmund –

Sie haben zwei Dinge geschafft:

Sie haben durch Ihre Teilnahme in Potsdam **für alle
sichtbar** gemacht, dass die AfD fester Bestandteil
einer rechtsextremen Formation ist, die die Axt an die
demokratische Grundordnung unseres Landes legt.

Und:

Sie haben es mit der Aussage,

„das Straßenbild müsse sich ändern,
ausländische Restaurants unter Druck gesetzt
werden“,

geschafft, das wirklich jeder und jedem plastisch
klargemacht wurde:

AfD-Politik macht unser Land ärmer,
unser Leben trister –
und sogar unser Essen langweiliger.

Anrede,

Deutschland steht an einem **Scheideweg**.

Es geht darum, ob unser Land seinen weltoffenen Charakter behält und **eine sichere Heimat für alle** ist, die hier leben.

Es geht darum, ob wir Zuwanderung stärken und die Menschen willkommen heißen, die unser Arbeitsmarkt dringend braucht – in Schule, Gastronomie, Forschung, Industrie und auch sonst fast überall.

Oder ob es eine rassistische Minderheit schafft, durch Drohszenarien wie das von Potsdam Menschen zu ängstigen, die sich schon jetzt in Deutschland häufig nicht mehr sicher fühlen.

Und ob dadurch womöglich auch Menschen von der Einwanderung nach Deutschland abgeschreckt werden, die Intel genauso händeringend erwartet wie der Malermeister von nebenan.

Auf Bundesebene sind in jüngster Zeit wichtige Weichen für Zuwanderung gestellt worden:

- mit dem neuen **Einwanderungsrecht** – weil für die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften viele Hürden abgebaut und Verfahren beschleunigt werden müssen;
- mit dem **Chancenaufenthaltsrecht** – denn auch wer vergebens Asyl beantragt hat, ist deswegen nicht „illegal“, sondern ein Mensch mit Stärken und Potentialen, auch für den Arbeitsmarkt;
- und mit dem gerade verabschiedeten neuen **Staatsbürgerschaftsrecht** – denn wer dauerhaft hier lebt und unsere Rechtsordnung anerkennt, kann Deutsche oder Deutscher werden **und bleibt es auch!**

Dieser Kurs muss fortgesetzt werden, damit auch die Länder und die Kommunen diesen Rechtsrahmen nutzen können, um ihren Beitrag zur Arbeitskräftezuwanderung und für eine erfolgreiche Integration leisten zu können.

Anrede,

um den weltoffenen Charakter und die Ausstrahlung Deutschlands nach außen haben sich die Demonstrantinnen und Demonstranten vom Wochenende verdient gemacht.

Und es geht weiter, heute auch hier auf dem Domplatz. Allein in Sachsen-Anhalt sind zudem Kundgebungen in Stapelburg, Seehausen, Tangermünde, Tangerhütte, Stendal, Sangerhausen, Blankenburg, Quedlinburg, Lutherstadt Wittenberg, Aschersleben, Naumburg, Weißenfels, Schönebeck, Zeitz und Schnellroda angekündigt.

Das ist der viel beschworene „Aufstand der Anständigen“, und die anständigen Bürgerinnen und Bürger geben das klare Signal:

Bis hierher und nicht weiter!

Aber:

Wehrhafte Demokratie ist nicht nur eine Sache der Zivilgesellschaft.

Auch der Staat ist gefordert,
und zwar nicht nur der Verfassungsschutz.

Der Rechtsstaat hat ein breites Instrumentarium, um seine Feinde in die Schranken zu weisen:

- **das Verbot und die Auflösung** verfassungsfeindlicher Organisationen. In diesem Zusammenhang hat die Diskussion über die Junge Alternative ja bereits begonnen;
- **ein Einreiseverbot** für Ausländer, die in Deutschland unsere Staatsordnung bekämpfen. Was für islamistische Gefährder gilt, ist für einen rassistischen Agitator wie Martin Sellner nur recht und billig.

Das wäre mal eine sinnvolle Grenzkontrolle!

- **das Austrocknen staatlicher Finanzquellen** für verfassungsfeindliche Parteien. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu bereits im zweiten NPD-Verfahren den Weg gewiesen – und wie wir seit dem Urteil von Dienstag wissen, funktioniert er auch.

- Und natürlich müssen die zuständigen Verfassungsorgane auch die Aussichten für ein **Verbotsverfahren gegen die AfD** prüfen. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben diese Möglichkeit zur Verteidigung unserer Demokratie nicht geschaffen, damit wir sie im Grundgesetz verstauben lassen, wenn es darauf ankommt.

Aber ein Parteiverbot – das muss jeder wissen – ist **keine politische Waffe**, sondern eine Entscheidung, die das Bundesverfassungsgericht ausschließlich nach Recht und Gesetz trifft.

Und was wir als Landtag tun können und tun müssen, das werden wir diskutieren, wenn der Abwahantrag gegen Herrn Siegmund als Vorsitzenden des Sozialausschusses zur Abstimmung kommt.

Anrede,

wenn wir im nächsten Monat als Landtag wieder zusammenkommen, wird die Sitzung unterbrochen werden für einen Festakt aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums der Gründung des **Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold** im Jahre 1924.

Zu den Politikern, die sich im Reichsbanner für den Schutz der Republik engagierten, gehörte **Joseph Wirth** von der christlichen Zentrumspartei. Ich will die Worte wiederholen, und die er als Reichskanzler im Juni 1922, mehr als zehn Jahre vor der Machtübernahme durch Adolf Hitler, im Reichstag ausrief:

„Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel:

Dieser Feind steht rechts!“

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.